

Inserate
werden angenommen
in Bosen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Hr. Dr. Schlegel, Hoflieferant,
Hr. Gerber u. Breiterstr. 1, Ecke,
Hr. Hübner, in Pöma
H. Neumann, Wilhelmstr. 8.
Verantwortliche Redakteure:
F. Machfeld für den politischen
Theil, A. Beer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Bosen.

Mittag-Ausgabe.

Bosener Zeitung

Neunundneunzigster

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Bosen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Hr. Hoff, Hasenheide 1, Ecke
H. A. Paule & Co., Jurastrasse.
Verantwortlich für den
Inseratenthail:
J. Hübner
in Bosen.

Nr. 867

Die „Bosener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal,
am Sonntag und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonntagen und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 1,50 M. für die Stadt Bosen, 5,45 M. für
ganz Preussland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Buchhändler des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 10. Dezember.

Inserate, die in der Morgen- oder Mittagsausgabe
in der Morgen- oder Mittagsausgabe 20 Pf., in der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an den Sonntagen
Stellen entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 5 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1892

Deutscher Reichstag.

11. Sitzung vom 9. Dezember, 12 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinstimmung gestattet.)

Das vom Abg. Dr. Girsch (Hr.) eingebrachte Gesetz
zur Krankenkassen-Novelle wird in dritter Beratung
endgültig angenommen.

Es folgt die Interpellation Hise und Gen., welche
gesetzgeberische Maßnahmen bezüglich der Regelung der
Abzahlungs-Geschäfte und des Gewerbebetriebes
im Umherziehen (Hausirhandel) von Seiten der ver-
bündeten Regierungen beabsichtigt sind und ob eine bezügliche
Vorlage noch in dieser Session voraussichtlich dem Reichstage zu-
gehen werde.

Abg. Schädler (Hr.): Im vorigen Jahre wurde uns von
der Regierung erklärt, daß die Materie des Abzahlungs-Geschäfts
und des Hausirhandels bearbeitet werden und demnächst gesetz-
liche Maßnahmen herbeiführen werde. Dieses „demnächst“ be-
deutet etwas weit aus. Die Abzahlungs-Geschäfte und das Hausir-
gewerbe haben einen großen Umfang angenommen und schädigt
das Kleingewerbe und das Handwerk. Selbst in nichtzünftlerischen
Preisen beschäftigt man sich mit dieser Frage eingehend. Wie weit
die Bewegung um sich gegriffen hat, beweisen die Zeitungen von
Kaufleuten Berlins und Breslaus. Es sind also nicht bloß die
Ladenbesitzer der kleineren Städte, die in dem Hausirgewerbe
eine Bedrohung ihrer Existenz sehen. Es handelt sich hier
nicht um eine Schablonisirung, sondern um die innersten
Lebensinteressen des Handwerks und Klein-
gewerbes. Der Hausirhandel hat die Zeit hinter sich, wo er
notwendig war. In der Zeit der Eisenbahnen und des Tele-
graphenverkehrs kann von einer Nothwendigkeit keine Rede sein.
Ein absolutes Verbot des Hausirhandels wollen wir
nicht, sondern nur eine Beschränkung hinsichtlich des Bezirkes, in
welchem die Hausirer ihr Gewerbe betreiben, und hinsichtlich der
einzelnen Hausirer-Klassen. Muß doch sogar ein hausirfreundliches
Münchener Blatt zugeben, daß unter den Hausirern sich sehr
viele zweifelhafte Elemente befinden. Der Hausirhandel zeitigt für
den Hausirer selbst große Gefahren, da das Familienleben unter-
graben und die Erziehung der Kinder vernachlässigt, ja auf Bethelei
oder noch etwas Schlimmeres gerichtet wird. Die Erzeugung guter
Qualitäten wird herabgedrückt, da die Hausirer in der Regel minder-
wertige Waare verschleppen. Insbesondere aber findet der Verkauf
minderwertiger Waare durch die Wandlager statt. Dadurch
wird der reelle anständige Gewerbetreibende und Handwerker, der
regelmäßig seine Steuer bezahlt und sich recht viel Mühe geben
muß, um die Kundchaft zu erhalten, in hohem Maße geschädigt.
Dasselbe ist der Fall mit den überhand nehmenden Ausverkäufen,
bei denen die Bestände betrügerischer Weise immer wieder ergänzt
werden. Was die Abzahlungs-Geschäfte anbetrifft, so wen-
den wir uns nicht gegen die Theilzahlungen als solche, sondern wir
wollen nur verhindern, daß die Theilzahlungen als Mittel benutzt
werden, um gerade die kleinen Leute auszubeuten.

Staatssekretär v. Bötticher: Am 18. Oktober d. J. ist vom
Reichstag dem Bundesrath eine Vorlage zugegangen, welche
den Geschäftsverkehr und die Verhältnisse der Abzahlungs-
geschäfte regelt. Eine Ausschussberatung über diesen Geset-
zentwurf ist bereits anberaumt und die Materie wird wohl in
verhältnismäßig kurzer Frist dahin erledigt sein, daß dem Reichs-
tage eine Vorlage zugehen kann. Welche Ansichten die verbündeten
Regierungen haben, kann ich nicht sagen, denn die verbündeten
Regierungen haben noch keine Stellung genommen. Bezüglich
des Hausirgewerbes ist eine Untersuchung angehängt über
die Auswüchse, welche der Hausirhandel zeitigt, und die Schäd-
igungen, welche von dem stehenden Gewerbe beflusst werden.
Die Erhebungen sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Inzwi-
schen hat die bayerische Regierung die Initiative ergriffen und dem
Bundesrath unter dem 7. November den Entwurf eines Gesetzes
vorgelegt, welches die Abänderung verschiedener Bestimmungen der
Gewerbeordnung in Bezug auf den Hausirhandel zum Inhalt hat.
Auch diese Sache ist also in gelegentlichen Fluß gekommen und der
Bundesrath wird in nicht allzu ferner Zeit Beschluß fassen. Be-
züglich materieller Mittheilungen bin ich durch den Gang der

letzten Diskussion bei der Interpellation über die Handwerkerfrage
außerordentlich vorsichtig geworden. Damals sagte ich, was ich
sagen konnte und was ich auf dem Herzen hatte. Dafür habe ich
den Vorwurf geerntet, daß ich an der uferlosen Diskussion schuld
sei. Diesem Vorwurf will ich mich nicht wieder aussetzen. Auf
Antrag des Abg. Viehl (Hr.) findet die Besprechung der
Interpellation statt.

Abg. Möller (Hr.): Ich warne davor, daß man in der Frage
des Hausirhandels das Kind mit dem Bade ausschüttet. Ganze
Gegenden, insbesondere die Gebirgsgegenden z. B. um Annaberg,
hängen vollkommen vom Hausirhandel ab. Dieser Handel darf
auf keine Weise beschränkt werden. Innerhalb des Hausirhandels
hat sich allerdings eine Art Großindustrie gebildet, wo von einem
einzelnen Mann mitunter 600 Hausirer beschäftigt werden, die dann
vielfach mit Schundwaaren handeln. Hier muß eingegriffen werden,
doch ohne jeden berechtigten Hausirhandel zu schädigen. Die Frage
des Hausirhandels hängt vielfach mit der Frage der Son-
ntagsruhe zusammen. Auch ich bin ein großer Freund der
Sonntagsruhe. Viele Detailisten sind für das Zustandekommen
des Gesetzes sehr dankbar; denn sie haben jetzt auch für ihre Fa-
milie ihren Sonntag bekommen. In der Durchführung der ein-
zelnen Bestimmungen sind jedoch viele Fehler gemacht worden,
indem z. B. nach der Schablone für alle Geschäfte der Schluß des
Geschäfts auf 2 Uhr festgesetzt worden ist, obwohl doch in kleinen
Städten das Offenhalten des Geschäfts am Sonntag Nachmittag
nötig ist. Es haben ja allerdings nicht alle Regierungen
so ungeschickt gehandelt, wie der preussische Handelsminister.
Der schädigende Einfluß der Sonntagsruhe auf
die Zigarrengeschäfte ist ein außerordentlich großer. Wir
sind einige bei der von mir veranstalteten Umfrage erhebbende
Fälle bekannt geworden. So hat z. B. ein Zigarrenhändler in
Weissenhof 75 Proz. seines gesamten Umlages durch die Son-
tagsruhe verloren. Durch die Sonntagsruhe ist große Beun-
ruhigung im Lande entstanden. Deshalb sollten sich doch
die verbündeten Regierungen fragen, ob es nicht richtiger wäre,
weniger nach der Schablone zu arbeiten. Bezüglich der Abzah-
lungs-Geschäfte habe ich vielfach die Erfahrung gemacht, daß
die Einrichtung der Detailreisenden viel Berechtigtes hat.
Die Nähmaschinen in der Vielesfelder Gegend z. B. werden meist
auf Abzahlung gekauft. Dadurch wird eine soziale Mission erfüllt,
indem zahlreichen armen Familien und einzelstehenden Mädchen
der Erwerb einer Nähmaschine durch die Abzahlung erst ermöglicht
wird. Diese Abzahlungs-Geschäfte müssen aber unterstützt als ge-
nehmigt werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Afermann (Hr.): Durch die Abzahlungs-Geschäfte werden
die Leute häufig zu Anschaffungen verleitet, welche sie nach ihrer
pekuniären Lage nicht machen können. So dienen die Abzahlungs-
geschäfte zu einer Ausbeutung der ärmeren Bevölke-
rung. Ich gebe zu, daß in manchen Fällen die Form der Ab-
zahlung für Nähmaschinen z. B. sehr nützlich ist. Aber es wird
sich doch fragen, ob nicht Luxusgegenstände von vorn herein
von den Abzahlungs-Geschäften ausgeschlossen werden müssen. Die
ganze Konstruktion der Verträge zwischen dem Inhaber des Ge-
schäfts und dem Kunden läuft eigentlich auf ein Scheingeschäft
hinaus. Was den Hausirhandel betrifft, so hat die Art,
wie man in den kleinen Städten die verkehrsfreien Stunden am
Sonntag belegt hat, den Landbewohner dem Hausirhandel in die
Arme getrieben. Er kann nicht mehr, wie früher, seinen Einkauf
am Sonntag mit einem Mal machen, sondern muß vom Hausirer,
der ihn am Sonnabend oder Montag besucht, seinen Bedarf ent-
nehmen. Der Hausirhandel hat eine nicht wünschenswerthe Aus-
dehnung genommen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Baumbach (Hr.): Die Verhältnisse, wie sie
sich heute entwickelt haben, lassen sich in eine enge Gesetzesgrenze
nicht hineinzwängen. Bei den Abzahlungs-Geschäften ist
doch manches Solide, manches Zweckmäßige und Gute. Der Abg.
Möller hat bereits die Nähmaschinen angeführt. Im Osten der
preussischen Monarchie sind vielleicht noch ganze Dörfer, in denen
noch nicht eine einzige Nähmaschine sich befindet. Hier ist also noch
ein weites Feld für die Abzahlungs-Geschäfte. Dazu kommen manche
andere Artikel. Man führt u. a. die Pianinos an. Auch ich bin
zweifelhaft, ob der Erfinder des Pianinos ein Wohltäter der

Menschheit genannt werden kann. (Heiterkeit.) Wenn aber ein
Lehrer auf dem Lande sich im Wege des Abzahlungs-Geschäfts ein
gutes Instrument anschafft, so wird man das nur billigen müssen.
Ich glaube, die Auswüchse im Abzahlungs-Geschäft
werden nicht auf dem Gebiet des Gewerbebetriebs, sondern auf
dem privatrechtlichen Gebiet beseitigt werden müssen,
damit der Konsument wie der Verkäufer gleichmäßig geschützt werden.
Ueber den Hausirhandel sind eigentlich alle hier vorgebrachten
Argumente bereits vor zehn Jahren erörtert. Ich sehe auch wieder
die schwankenden Gestalten, den gramgebeugten Hausirer und das
alte Hühnerweib. (Heiterkeit.) Alle die Fragen, ob der Hausirhandel
beispielsweise auf den Käse oder ob auf Butter zu beschränkt ist,
sind damals in der eingehendsten Weise erörtert worden. Als
Landrath habe ich Gelegenheit gehabt, mich mit der Frage des
Hausirhandels zu beschäftigen, und da ist mir von Wichtigkeit er-
schienen, daß ein großer Theil der Hausirer immer in dieselbe
Gegend geht. Daraus folgerte ich, daß er in jener Gegend
willkommen sein muß, daß er preiswürdig verkauft, denn
sonst würde er das betreffende Land klüglich meiden. Wir leben
ja, Gott sei Dank, in der Zeit, wo man wieder etwas von den
Interessen der Konsumenten im Reichstag sagen darf.
Der Konsument ist in vielen Beziehungen auf den Hausirhandel
angewiesen. In Sachen kaufen viele Frauen mit Weiß-
waaren, Spitzen und haben eine bestimmte Kundchaft. Sie sind
in kleinen Städten bei der Frauenwelt sehr willkommen, weil
dort das Lager der feinsten Kaufleute nicht genügend assortirt ist.
Man fragt namentlich über das Ueberhandnehmen des
Hausirhandels zum Schaden der feinsten Kaufleute in
München. Treten denn aber wirklich solche Mißstände hervor?
Ich schäme den großen Zug, der in München durch die Menschen
geht (Heiterkeit), und deswegen kann ich mir nicht denken, daß die
Bevölkerung so kleinliche Rücksichtlichkeiten hat. Was ist denn
bei dem Hausirhandel so gefährlich? Man soll sich im Restaurant
vor den Hausirern nicht retten können. Ich habe mich wohl
retten können. Die Hausirer sind doch ganz harmlose, gutmüthige
Menschen; das biederste Radweib, die Leute, die mit Korrespondenz-
karten handeln, auf denen so schöne Bilder stehen (Heiterkeit), die
Biermerkel vertreiben, der Zeitungsman, der auch das „Bayerische
Vaterland“ des Dr. Stal. der betraute unser College geworden
wäre, verkauft, es würde mir wirklich etwas fehlen, wenn diese
Leute nicht mehr kämen. Hier ist doch ein gesetzgeberischer Ein-
griff wirklich nicht notwendig. Ja, von den Herren wird sogar
die Beseitigung des Detail- und Detailreisenden verlangt.
Der Detailreisende soll wie der Hausirer behandelt werden.
Erinnern Sie sich doch, welcher Sturm der Entrüstung 1883,
als dieser Vorschlag hier von den Regierungen gemacht wurde,
durch den Kaufmannsstand ging, weil man im Reichstage versucht
hatte, den ganzen Stand, als gewissermaßen mit einem Mafel be-
haftet, darzustellen. Es haben damals auch in katholischen Wahl-
kreisen Protestversammlungen stattgefunden. Z. B. in Köln denken
Sie sich, daß ein reisender Kaufmann sich direkt an eine städtische
Verwaltung wendet und ihr Proben von Zement, Plastersteinen
vorlegt oder das Anerbieten zur Herstellung einer elektrischen An-
lage macht. Wenn es nach Ihnen ginge, müßten diese Leute den
Hausirern gleichgestellt werden. Nur für Wein und Zigarren —
und der Betreffende hat ja für den Gutsbesitzer auch seine Wich-
tigkeit, — sollte 1883 eine Ausnahme gemacht werden. Schließ-
lich kam eine Wendung dadurch, daß sich Abg. Windthorst auf
unsere Seite stellte und ihm, der in dieser Beziehung doch
etwas liberaler war, als die jetzigen Führer des Zentrums, war
es zu verdanken, daß die betreffenden Bestimmungen überhaupt ge-
strichen wurden. Es ist doch ein zweifelhaftes Beginnen, nun die
alten Sachen hervorzuholen, die schon längst abgethan sind. Die
Zeit des Protektionismus ist abgelaufen, und wir geben einer Zeit
entgegen, wo mit diesem System gebrochen wird. Verschonen Sie
uns auf dem Gebiete der Gewerbeordnung mit dieser Novellistik,
und lassen Sie uns die Gewerbebefreiheit, soweit sie noch besteht.
Ich hoffe, daß diejenigen, die es früher gethan haben, auch heute
eintreten werden zum Schutz der Gewerbebefreiheit, hoffentlich mit
demselben Erfolge wie vor 10 Jahren. (Beifall links.)

Abg. Groeber (Hr.): Man hätte erwarten können, daß bereits
ein Beschluß der verbündeten Regierungen vorliegt. Weshalb hat

Berliner Brief.

Von Philipp Stein.

(Nachdruck verboten.) Berlin, 9. Dezember.

Berlin hat in dieser Woche einen seiner größten Bürger
verloren: Werner Siemens ist am Dienstag gestorben. Was
Berlin, Deutschland, ja die ganze zivilisierte Welt in diesem
Manne verliert, bedarf heute keiner Schilderung mehr. Sein
Name und sein Wirken ist unaussprechlich verknüpft mit den
ihm überdauernden Erfindungen, mit jenen genialen Leistungen,
auf die zurückblickend er am Schlusse seiner „Lebenserinnerun-
gen“ sagen konnte, „mein Leben war schön, weil es wesentlich
erfolgreiche Mühe und nützliche Arbeit war!“ Und wenn ihn
etwas traurig stimmt bei diesem Abschluß eines arbeitsreichen
Lebens, so ist es „der Schmerz, daß ich von meinem Leben
scheiden muß und daß es mir nicht vergönnt ist, an der vollen
Entwicklung des naturwissenschaftlichen Zeitalters erfolgreich
weiter zu arbeiten.“

In die Trauer um den Verlust dieses besten Mannes
mischte sich doch aber immer wieder die Empfindung der Freude
über das Große, das er hat erreichen können, sowie darüber,
daß er es hat erreichen können ohne ererbte Mittel, ohne ein-
flußreiche Gönner, selbst ohne die eigentlich richtige Vorbildung
— so ganz und gar als self made-man. Es ist das eine
Genugthuung, wie man sie gegenwärtig selten erlebt, jene so

feltene Freude an männlicher Tüchtigkeit. Eine solche Em-
pfindung thut doppelt noth in diesen Tagen, wo bei uns im
Gerichtshofe zu Moabit und im Wahlkreise Arnswalde der
Ahlwardt-Skandal sich abspielt und plötzlich einem Fanatiker
zu Liebe alle Begriffe von Anstand und Sitte verkehrt zu sein
scheinen.

Auch sonst giebt's mancherlei Aergerniß. Da wird im
Reichstag die „lex Heinze“ beraten — dabei wurden gar
sonderbare Anschauungen über öffentliche Moral offenbart und
der Standpunkt des trassen Egoismus erstaunlich stark betont.
Man hat im deutschen Reichstage die hier in Be-
tracht kommenden Fragen fast durchweg als Fragen
der Zweckmäßigkeit behandelt, als hätte man kein Ge-
fühl dafür, um wie tief in das sittliche Leben
der Bevölkerung einschneidende Dinge es sich handele.
Man behandelt derlei Sachen überhaupt mit ganz überfah-
render Naivetät. Da ist Herr Löwenfeld, von dem ich schon
einmal zu berichten hatte. Er gilt als Direktor des Neuen
Theaters, thatsächlich aber hat er keine Konzession erhalten
und ein Herr Hirschfeld ist, wie das Präsidium der deutschen
Bühnengenossenschaft offiziell bekannt giebt, der Pächter und
Leiter jenes Theaters. Herr Löwenfeld aber verübt seinen
Mitgliedern gegenüber die größten Willkürlichkeiten. Einige
von großer Findigkeit zeugende Maßnahmen habe ich gelegentlich

hier schon erzählt, aber jede Woche kommen neue hinzu. Einer
Schauspielerin, die mit 300 Mark Monatsgage engagirt war,
hat der Herr am 1. Dezember ganz plötzlich gekündigt — nun
muß sie, um nicht brotlos zu werden, für 100 Mark monatlich
an „Neuen Theater“ bleiben und von dieser Gage werden ihr
noch 45 Mark Restbetrag für das japanische Kostüm in der
„Liebeshändlerin“ abgezogen. Trotzdem rühmen einige Blätter
noch immer das ernste Streben des „Direktor“ Löwenfeld
ebenso wie sie begeistert von der eleganten Ausstattung und
den vornehmen Kostümen unserer Operettenbühne in Berlin N.
sprechen, wo neulich eine mit 100 Mark Monatsgage ange-
stellte, erkrankte Choristin nach ihrer Genesung nur noch 70
Mark pro Monat, dafür aber die Verpflichtung erhielt, fortan
ihre Kostüme selbst zu bezahlen. Alle diese Vorgänge — sie
sind mit der „lex Heinze“ immerhin in Verbindung, denn
sie machen es den Schauspielerinnen sehr schwer, nur eine
Priesterin Thaliens zu bleiben und nicht anderen, weniger
keuschen Erwerb zu suchen — alle diese Vorgänge hat die
gestern und vorgestern hier zum Delegirtenkongress versammelte
Bühnengenossenschaft unerörtert gelassen. Es ist kein Wider-
spruch erhoben worden — die Direktoren, mit oder ohne Kon-
zession, können nach wie vor ihre sklavenhaltigen Wirth-
schaft fortsetzen. Je länger das währt, desto schwerer wird es
anständigen Direktoren, anständig ihr Theater zu leiten, desto

sich Preußen nicht dafür interessiert? Ich fürchte, der bayerische Antrag wird denselben Erfolg haben, wie der bayerische Antrag bezüglich der Redemptorkisten. Solche wichtigen sozialen Fragen, wie der Hausirhandel, müßten doch mit einer größeren Eile behandelt werden. In Militärfragen geht man mit „Marisch, marisch! Hurrah!“ vor. Hier gehts im langsamen Schritt nach Babilon. Auch hätte ich gewünscht, daß uns über den Inhalt der Vorlage einige Andeutungen gemacht würden, damit die verbündeten Regierungen aus einer hier erfolgenden Erörterung unsere Wünsche kennen lernen. Jetzt erst eine ausgearbeitete Vorlage vor, so ist eine Berücksichtigung solcher Wünsche schon schwieriger.

Abg. Geher (Soz.) wendet sich vor allem gegen die Behauptung, daß der Hausirer unreell sei. Der Hausirer schlägt bei weitem weniger in seinen Preisen vor, als dies in den sog. reellen Geschäften geschieht. Die sächsische Regierung würde sich hüten, einen Entwurf zur Beschränkung des Hausirhandels einzubringen, sie würde damit einen großen Theil ihrer Bürger brotlos machen. Die Hausirer gehören durchaus nicht zu heruntergekommenen Leuten. Wenn die Beschränkungen, welche Sie verlangen, durchgehen, so nimmt man vielen Arbeitslosen ein Mittel, sich zu ernähren. Man sagt, der Hausirhandel schädigt das Familienleben. Aber wodurch geschieht denn das? Dadurch, daß Sie durch jahrelanges Herumdoktern die Gewerbeordnung verballhornt haben, anstatt eine radikale Aenderung vorzunehmen. Die von Ihnen vorgeschlagenen Mittel werden zur Besserung des Familienlebens nicht beitragen, sie werden es noch mehr schädigen. Auswüchse sind ja vorhanden, aber diese werden durch eine Ausnahmegegesetzgebung nicht getroffen. Was die Sonntagsruhe anbetrifft, so kann ich aus eigener Erfahrung sagen, daß die Zigarrenhändler eine Einbuße nicht erleiden, weil die Konsumenten sich mit der Zeit daran gewöhnen haben und ihre Einkäufe vorher machen.

Bayerischer Bundesbevollmächtigter Oberregierungsrat **Landmann**: Ich möchte mich gegen den Ton der Geringfügigkeit verwahren, in dem Abg. Baumbach von der bayerischen Regierung gesprochen hat. Er hat einige Witzchen über die bayerischen Hausirer gemacht. Aber die Verhältnisse in Bayern kennt er nicht. Die Klagen sind dort so allgemein, daß die bayerische Regierung sich geradezu genötigt sah, eine solche Vorlage einzubringen. Im Reichsrath haben sogar liberale Abgeordnete den Wunsch nach Beschränkung des Hausirhandels ausgesprochen.

Abg. **Viebertmann von Sonnenberg** (Antikemit): Ich will etwas Abwechselung in die Debatte bringen, indem ich vom jüdischen Hausirhandel und von jüdischen Abzahlungsgeheimnissen rede. (Heiterkeit.) Die Regierung hat mit der Regelung dieser Materie so lange warten lassen, daß sie im Volke sehr wenig Sympathie genießt. Die Petitionen gegen den Hausirhandel sind durchaus nicht vom Konkurrenzneid diktiert. Prinzipiell muß man zwischen berechtigten und unberechtigten Abzahlungsgeheimnissen unterscheiden. Ein unberechtigtes ist ein solches, das Luxusgegenstände vertreibt. Das Nähmaschinengeheimnis ist wohl berechtigt. Aber in welcher Weise werden die armen Leute von den jüdischen Geheimnissen auch bei dem Verkauf von Nähmaschinen bequembelt! Die Kontrakte sind geradezu Muster dafür, wie sie nicht sein sollen. Ein Herr Löwenstein petitioniert sogar, seinen Kontrakt als Musterkontrakt anzuerkennen. In demselben wird dem Käufer die Verpflichtung auferlegt, seinen Wohnortwechsel drei Tage vorher anzukündigen, auf die eingezahlten Raten und auf den gekauften Gegenstand bei Nichtweiterzahlung zu verzichten u. s. w. Gegen solche Mißbräuche muß die Gesetzgebung einschreiten. Auch dem Hausirhandel und namentlich den jüdischen Reisenden müßte die Polizei auf die Finger sehen. Gewiß, wir haben auch einen ehrlichen Hausirhandel, in Schlesien, im Erzgebirge u. s. w. Die Klagen richten sich gegen den jüdischen Hausirhandel. Man hat gesagt, die Leute auf dem platten Lande kennen die Bestimmungen über den Hausirhandelsbruch nicht, deshalb könnten sie sich nicht gegen den Hausirhandel wehren. Ja, wenn ein Mann sich durch das Schild: „Juden ist der Zutritt untersagt“ schützt, dann kommt die Polizei und verlangt die Abnahme des Schildes. Thut er es nicht, dann wird er in Ordnungstrafe genommen. Die Juden benutzen vielfach den Hausirhandel als Deckmantel, unter dem sie andere Geschäfte betreiben. Mein Vorschlag geht dahin, daß Juden hausiren dürfen, aber nur mit selbstgefertigten Waaren. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Vielh** (Ztr.): Die Handwerker sind in großer Unzufriedenheit und da kann man sich nicht wundern, wenn noch mehr Abwardits gewählt werden. Ich bin kein Freund von dergleichen Dingen, aber es ist nicht zu verwundern, wenn die Handwerker antheimlich werden, so lange solche Auswüchse bestehen, die Sie (links) vertreiben. Dem Arbeiter hat man KonzeSSIONen gemacht, den Handwerker nicht. Die Klagen gegen den Hausirhandel sind sogar bis in die Reihen der Liberalen gedrungen, wie aus den Reden eines liberalen Mitgliedes des bayerischen Abgeordnetenhauses hervorgeht. Wenn Herr Baumbach sich so sehr nach Hausirern lehnt, so werden die Münchener den Danziger gern weiche abgeben. (Heiterkeit.)

Abg. **Wisser** (wildlib.) bezweifelt es, daß der Hausirhandel

schädliche Wirkungen habe. Die Konkurrenz, welche die Hausirer den anderen Gewerbetreibenden machen, hat eine Erniedrigung der Preise zur Folge, und die breiten Schichten der Bevölkerung haben jetzt ein Interesse daran, billig zu kaufen. Auch das Abzahlungsgeheimnis hat keine ungünstigen Wirkungen, im Gegenteil, es ermöglicht manchem kleinen Mann, sich notwendige Anschaffungen zu machen, die er sonst nicht machen könnte. Wir dürfen nicht unterscheiden zwischen jüdischen und christlichen Händlern, sondern zwischen ehrlichen und unehrlichen.

Abg. **Wiesel** (nl.): Es ist nicht zu bestreiten, daß ein gewisses Mißtrauen gegen die Abzahlungsgeheimnisse besteht. Dasselbe rührt von den Bestimmungen des Kontrakts über den Vorbehalt des Eigenthumsrechtes und über den Verfall der Ratenzahlungen her. Aus meinen eigenen richterlichen Erfahrungen weiß ich, daß Gegenstände im Werthe von 30 Mark für 90 Mark verkauft wurden, und daß, nachdem bereits 70 Mark abbezahlt waren, der Kaufmann den Verfall machte, das Eigenthumsrecht geltend zu machen. In der „Freisinnigen Zeitung“ waren neulich die Verhältnisse zwar nicht falsch, aber einseitig dargestellt. Der Artikel trat zu einseitig für den Verkäufer ein. Auch war dort der Vorwurf ungerechtfertigt, daß der Strafrichter in der Regel bei der Verurtheilung der Käufer wegen betrügerischer Manipulationen mit den auf Verhohntrakt entnommene Waaren zu milde sei. Es kommt auf den einzelnen Fall an. Ich bin in der Lage gewesen, sehr milde und sehr streng zu bestrafen. Die Kontraktbestimmungen sind häufig ganz unverständlich. Einseitig darf weder das Interesse des Abzahlungsgeheimnisses noch der Konsumenten geschützt werden. Aber die Armen und Aermsten müssen geschützt werden, und eine Regelung des Abzahlungsgeheimnisses ist notwendig.

Abg. **Ulrich** (Soz.): Die Abzahlungsgeheimnisse sind thatsächlich ein Bedürfnis unserer Zeit. Deshalb verwahre ich mich dagegen, daß eine große Partei die Abzahlungsgeheimnisse beseitigen will. Die weitest überwiegende Mehrzahl der Arbeiter ist bei Geheimnissen auf den Kauf von Möbeln durch Abzahlung angewiesen. Gerade die Handwerker, welche von den Herren geschützt werden sollen, können ihre Anschaffungen nicht bar bezahlen, sondern müssen sich auf Abzahlung einlassen. Nicht bloß die jüdischen Inhaber von Abzahlungsgeheimnissen machen Kontrakte, wie sie vom Abg. Viebertmann geschildert sind. Auch Christen machen Verträge, in denen nach Nichtzahlung einer Monatsrate das Kaufobjekt an den Händler zurückfällt. Der Verein Berliner Möbelhändler, in dem alle Couleuren vertreten sind, machen es nicht anders. Der Hausirhandel ist für einzelne Ortschaften und zerstreute Gefilde notwendig. Im Hausirhandel sind gar nicht einmal so viele Juden vorhanden. Sie sagen, der kleine Mann muß borgen. Ja, bezahlen die Herren immer so pünktlich ihre Handwerker? Das Borgen ist eine Folge der schlechten Erwerbsverhältnisse. Das Aller schlechteste wäre, wenn man es mit dem Hausirgewerbe so machte, wie die bayerische Regierung vorgeschlagen hat. Die Mißstände im Hausirhandel sind eine Folge unseres Wirtschaftssystems. Weil die Leute keinen Erwerb finden, wenden sie sich zum Hausirgewerbe. Wollen Sie hier bessern, dann bessern Sie die Erwerbsverhältnisse der Arbeiter. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Trölsch** (nl.) befürwortet die Einschränkung des Hausirhandels im Interesse des kleinen Gewerbes.

Abg. **Frhr. v. Buol** (Ztr.) fragt an, ob die Ausnahmebestimmungen der Gewerbeordnung bezüglich des Geschäftsverkehrs am Sonntag auch für den Hausirhandel gelten. Es entspreche der Gerechtigkeit, daß an bestimmten Volksfesten der Hausirhandel auch am Sonntag erlaubt werde.

Staatssekretär **v. Bötticher** erwidert, daß Anträge in dieser Richtung noch nicht an den Bundesrath gelangt seien. Er werde aber aus den Ausführungen des Vorredners den Anlaß zu einer Prüfung der Angelegenheit nehmen.

Die Debatte wird hierauf geschlossen.

Persönlich bemerkt

Abg. **Dr. Baumbach**: Der bayerische Bundesbevollmächtigte hat einen fulminanten Protest gegen Bemerkungen von mir erhoben, zu dem ich keine Veranlassung gegeben habe. Ich habe durchaus nicht eine Geringfügigkeit gegen die bayerische Regierung zum Ausdruck gebracht. Ist etwa der Ausdruck „Krähwinkelstandpunkt“ eine Beleidigung? In Krähwinkel wohnen ja auch ganz ehrenhafte Leute. (Heiterkeit.)

Damit ist die Interpellation erledigt.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 12 Uhr (Mittagsvorlage. (Schluß 5^{1/2} Uhr.)

Deutschland.

□ **Berlin**, 10. Dez. Das Zentrum ist mit seinen Forderungen nach Abänderung der Gewerbeordnung diesmal äußerst vorsichtig. Es stellt keine Anträge, sondern es begnügt sich mit Interpellationen. Dabei erspart man sich wenigstens eine offenkundige Niederlage. Vor einigen Tagen

hatte der Reichstag über die Interpellation wegen der Innungsfrage zu verhandeln, heute über die Interpellation in Sachen der Abzahlungsgeheimnisse und des Hausirgewerbes. Wieder wie neulich machte Herr von Bötticher einige „wohlwollende“ Bemerkungen, freilich in beschränkterem Umfange, damit nicht wieder herausgehört werden könne, was nicht darin sei. In der That hat man aus den Erklärungen vom Bundesrathstisch außer der allgemeinen Zusicherung, vorhandene Schäden zu beseitigen, nichts vernommen, was auf die Richtung schließen ließe, in der sich die gesetzgeberische Behandlung des Abzahlungsgeheimnisses und des Hausirbetriebes bewegen soll. Wie man weiß, liegt dem Bundesrath ein bayerischer Antrag zur Hausirfrage vor, und ein Redner, der gern auf den Busch klopfen wollte, meinte heute, aus der Sache werde wohl nichts werden, da sonst doch wohl die preussische Regierung die Initiative ergriffen hätte. Vielleicht hat der Herr recht, vielleicht auch nicht. Jedenfalls werden wir in dieser Session schwerlich eine Vorlage über die beiden heute verhandelten Materien bekommen. Wenn der Reichstag mit der Heeresreform, ob so oder so, fertig geworden sein wird, dann wird er sicher keine Lust mehr haben, sich noch mit geringwerthigeren Materien zu befassen, und die Absicht, die Aufgaben des Reichstags thunlichst zu beschränken, liegt nebenbei wohl auch der Taktik des Zentrums zu Grunde, wenn dieses statt Anträge Interpellationen einbringt. In der Debatte über Abzahlungsgeheimnisse und Hausirbetrieb ist von liberaler Seite, von dem National-liberalen Möller wie von dem Freisinnigen Baumbach, auch von dem sozialdemokratischen Redner manches verständige Wort gesprochen worden. Es gehört wirklich ein ansehnliches Maß von Sichverschließen gegen eine sich nothwendig aufdrängende Einsicht dazu, das Nützliche, was diese neuen Verkehrsformen mit sich bringen, deshalb zu übersehen, weil daneben sich allerlei Schäden heraus gebildet haben.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Plenarsitzung die Vorlage betreffend den Freundschafts-, Handels- und Schiff-fahrts-Vertrag mit Kolumbien den Ausschüssen für Handel und Verkehr und Justizwesen überwiesen, und den Ausschüssen Anträge wegen Wiedervorlegung des Gesetzesentwurfs gegen den Verrath militärischer Geheimnisse, sowie des Gesetzesentwurfs wegen Ergänzung der Bestimmungen über den Wucher an den Reichstag zuge-
stimmt.

Der „Nat. Ztg.“ zufolge hat die nationalliberale Fraktion des Reichstags bei den übrigen Parteien angeregt, ob es nicht nothwendig sei, eine parlamentarische Aeußerung des Reichstags über das neue Infanteriegewehr anlässlich des Abwardiprozesses herbeizuführen. Voraussichtlich erfolgt morgen eine bezügliche Interpellation, nachdem sämtliche Parteien sich einverstanden erklärt haben.

Arnswalde, 9. Dez. Amtliches Ergebnis der am 5. d. Mts. stattgehabten Reichstags-Wahl im Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg. Abgegeben insgesammt 14512 gültige Stimmen. Davon erhielten **Hilmar** 11206, **Witz** 206, **Gutsbesitzer** **Dr. v. e.** (frei.) 336. Ersterer ist somit gewählt.

Bärwalde i. Pom., 9. Dez. (Amtliches Wahlergebnis.) Bei der heutigen Landtags-Wahl im 5. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Cöslin (Neustettin, Belgard) an Stelle des in das Herrenhaus berufenen Major a. D. v. Kleist-Neckow wurde **Frhr. v. Winnigerode-Rositten** (Konf.) mit 186 von 191 Stimmen gewählt.

Locales.

Bosen, 10. Dezember.

* **Kommission für den Bau von Tertiärbahnen.** Der landwirtschaftliche Zentralverein der Provinz Bosen hat, wie i. B. berichtet, in seiner Versammlung am 8. November d. J. eine Kommission von 6 Mitgliedern ernannt, welche sich über die Spurweite und die vom Provinziallandtage für den Kilometer zu bewilligenden Zuschüsse schlüssig machen soll. Dieselbe ist nun am 8. d. M. anlässlich der hier abgehaltenen Konferenz der Landräthe zusammengetreten und hat folgende Grundsätze aufgestellt: 1. Die Kreise sind die berufenen Träger des Kleinbahnbaues; sie bedürfen dabei aber der Unterstützung der Provinz, sei es in Form der Brämierung

stärker wird der Prozentsatz der Schauspielerinnen, die im Theaterberuf nur den Deckmantel für ihr sonstiges Treiben suchen...

Die Kunst Italiens tritt in Deutschland immer sieghafter auf. Eleonore Duse hat auch in den Konversationsrollen der Cyprienne und der Francillon wieder Leistungen von erstaunlichster Vollendung geboten. Wenn sie am nächsten Dienstag noch die Santuzza in Vergas Bühnendichtung gespielt haben wird, ist es an der Zeit, einmal zusammen zu fassen, worin die grandiose Kunst dieser Lebensdarstellerin beruht. Auch musikalisch gehörte diese Woche der Kunst Italiens: Das Opernhaus hat mit einer zweifachen Oper von Leoncavallo „Die Bajazzi“ einen sehr großen Erfolg gehabt. Es war die erste Aufführung dieser Oper in Deutschland und um so mehr von Interesse, als Leoncavallo mit seinen „Bajazzi“ den zweiten Preis in der von Sonzogno 1890 veranstalteten Opernkonzurrenz erhalten hat. Den ersten erhielt bekanntlich Mascagni für die „Cavalleria rusticana“ — nun, die Berliner musikalische Welt ist geneigt, dieses Urtheil umzustossen und den ersten Preis Leoncavallo zuzusprechen. Man findet in der Partitur der „Bajazzi“ mehr Gedankengehalt, mehr schöpferische Kraft, mehr gebiegene Arbeit. Wagnerische Beeinflussungen haben auf den Komponisten natürlich auch eingewirkt, aber sie haben seine Individualität nicht wesentlich modeln können und kommen vor dem Reichthum der melodischen Erfindung des jungen Komponisten nicht stark zur Geltung. Seine Musik, die Vorgänge der Szene, den jähren Wechsel von Leid und Lust scharf charakterisirend, paßt sich trefflich dem Worte und der Situation an. In oft originellen, leidenschaftlichen, zärtlichen, melodischen Weisen, in farbigglühender Orchestrierung erhebt sie sich bis zu Schluß zu spannender dramatischer Steigerung. Leoncavallo ist sein eigener Textdichter; wie Verga

behandelt er einen Stoff aus dem modernen Volksleben seines Vaterlandes. In dem sehr originellen Prolog wird der Vorgang sogar als ein wirkliches Geschehnis bezeichnet. Canio, der Prinzipal einer Gauklerbande, ist mit seiner Frau Nedda und seinen beiden Bajazzi Tonio und Beppo ins Dorf gezogen, um Vorstellungen zu geben. Der junge Bauer Silvio liebt die jugendliche Nedda und verabredet mit ihr heimliche Flucht. Doch Tonio, dessen Liebeswerben von Nedda abgewiesen worden, verräth dem Canio die Untreue seines Weibes. Dieser will die Ungetreue zur Rechenschaft ziehen — aber schon nahen die Dorfbewohner zu der Vorstellung, die Canio angezeigt hat, er muß die Ausföhrung seiner Rache hinausschieben. Der zweite Akt zeigt das Innere der Bude, in dem Canios Truppe die „Komödie der Colombine“ vor den zahlreich erschienenen, sich lebhaft belustigenden Dörflern aufföhren. Die ungetreue Nedda spielt auch die treulose Colombine, Canio den betrogenen Bajazzo. Für ihn wird das Spiel zur Wahrheit — immer leidenschaftlicher fragt er Colombine nach dem Namen ihres Geliebten, und da Nedda der Colombine Rolle getreu den Namen nicht nennen will, stößt er ihr das Messer ins Herz. Nedda bricht zusammen mit dem Rufe: „Zu Hilfe! Silvio!“ Der Gersene stürzt aus der Zuschauermenge auf die Bühne und wird von dem verzweifelt rasenden Canio niedergestochen. Zu den entsetzten Zuschauern spricht der Bajazzo: „Geht heim, das Spiel ist aus.“ Der Vorhang fällt.

In ihrer knappen Ausführung, in der Wahl ihres Stoffes liegt fast schon eine Gewähr für den Erfolg dieser Oper, die in schroffem Gegensatz steht zu der „Genesius“-Oper des Herrn Weingartner, der in endlosen Briefen noch immer den Zeitungen über seinen Mißerfolg zu erzählen hat. Die Darstellung der „Bajazzi“ hat zu dem großen Er-

folg des Werkes sehr viel beigetragen. Sie war durchweg gut, ersten Ranges aber war der auch als Prologus auftretende Tonio des Herrn Bulz, der schon im Prolog mächtig wirkte.

Tags darauf, am Dienstag, hatte das Opernhaus wiederum einen Festtag — es feierte sein 150jähriges Bestehen mit einem „Théâtre paré“. Das prächtig schöne, weite Haus war von einem in Festtoilette erschienenen Publikum gefüllt, als gegen 8 Uhr Graf Hochberg dreimal mit dem Zeremonienstock aufklopfte zum Zeichen, daß das Kaiserpaar eingetroffen sei. Die Kaiserin in silberdurchwirkter Robe mit strahlendem Diadem, trat zuerst in die große Hofloge, dann folgte der Kaiser, die Prinzen und Prinzessinnen. Das Publikum hatte sich zur Begrüßung erhoben, das kaiserliche Paar verneigte sich dreimal, dann durchbrauste unter Suchers Leitung ein Marsch aus Glucks „Alceste“ das Haus. Frh. Lindner sprach einen Taubertischen Prolog — als sie des großen Friedrich gedachte, erklang im Hintergrund der Hofenriedberger Marsch und der alte Fritz auf seinen Krückstock gestützt ward in einem Sans-jouci darstellenden Prospekt sichtbar. An den Schluß des Prolog schloß sich in mächtig brausenden Akkorden vom Orchester gespielt das „Heil dir im Siegerkranz“. Das Kaiserpaar, wie der ganze Hof und das Publikum hörten die Preußenhymne stehend an. Unter abwechselnder Leitung der Kapellmeister Sucher und Dr. Muck folgten dann neben einigen Ouverturen Bruchstücke aus Figaros Hochzeit, dem Freischütz, dem Propheten, der Götterdämmerung, von unseren ersten Opernkünstlern dargestellt. — Wir wollen mit dieser sehr erfreulichen Erinnerung schließen und mit des Sängers Höflichkeit schweigen von dem, was wir schauernd in der „Frescobühne“ bei Franz Felds „Manometer auf 99!“ erlebt haben. Hoffentlich bleiben wir fürs Erste verschont von dieses Franz weiteren Heldenthaten.]

oder der Aktienbetheiligung, bei der Aufbringung des Baukapitals. 2. Die Kreise sind im Allgemeinen für die Uebernahme des Betriebes nicht geeignet, ebenso wenig die Provinz. Dagegen empfiehlt es sich je nach den Verhältnissen: a) Daß mehrere benachbarte Kreise sich zu einem Betriebssystem vereinigen und gemeinsame technische und kaufmännische Betriebsleiter anstellen; b) daß die vom Kreise fertig gebauten Bahnen an Genossenschaften oder Gesellschaften von Interessenten verpachtet werden; c) daß der Bau und Betrieb der Kleinbahnen an leistungsfähige Unternehmungsgesellschaften dauernd übertragen werde. Die Uebertragung des Betriebes an benachbarte Staatsbahnen empfiehlt sich nur dann, wenn die Kleinbahnen mit Normalspur im Anschluß an die Hauptbahnen gebaut sind. 3. Den Kreisen ist zu empfehlen, sich von vornherein einen umfassenden Plan für die systematische Ausgestaltung des Verkehrsnetzes durch den Kleinbahnbau zu bilden, damit nach und nach die Verkehrsbedürfnisse aller Kreistheile gleichmäßig befriedigt werden können, und nicht zunächst nur die vor- ausichtlich rentablen Strecken herauszugreifen. 4. Sonstige Normen für den Bau von Kleinbahnen glaubt die Kommission nicht empfehlen zu sollen, weil die Voraussetzungen und Verhältnisse je nach der Dertlichkeit verschiedene Berücksichtigung erheischen. — Diese Grundsätze sollen nunmehr dem Oberpräsidenten und dem Landeshauptmann vorgelegt werden.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 9. Dez. In Folge von Schneeverwehungen sind bis auf Weiteres gesperrt die Strecken Lamsdorf-Neisse, Ziegenhals-Hannsdorf, ferner die Anschlußbahnen Bielitz-Friedeck, Böhmisch-Saybusch, Bielitz-Kalwarja. Die Kaiser Ferdinand-Nordbahn nimmt in Oberberg und Dzierż, die mährische Zentralbahn in Jägerndorf und Ziegenhals keinerlei Güter an. In Mittelschlesien hat das Schneetreiben nachgelassen.

Hamburg, 9. Dez. Großes Aufsehen erregt die Zahlungseinstellung der Bank- und Wechselfirma Caro u. Bartels, nachdem sie gestern noch Accepte in Höhe von 400 000 Mark von drei Banken abgenommen hatte, ohne Zahlung zu leisten. Caro ist flüchtig, Bartels hat sich selbst der Polizei gestellt. Unter den unterschlagenen Effekten befindet sich ein großer Theil Hamburgischer Staatsrente, deren Amortisation bereits beantragt ist. Die Höhe der Passiven ist noch nicht festgestellt. Dieselbe wird auf 1½ Millionen geschätzt.

Leipzig, 9. Dez. Das Reichsgericht verwarf heute die Revision des bei dem ehemaligen Bankier Maas-Charlottenburg angeklagten, gegenwärtigen Prokuristen Grewolds, der am 4. Juni d. J. vom Landgericht II. Berlin wegen Theilnahme an den Unterschlagungen des Maas zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden war.

Wien, 9. Dez. [Abgeordnetenhaus.] Der Abgeordnete Dipauli (katholisch-konservativ) legt unter dem Beifall der Antisemiten und des Zentrums gegen eine an den Präsidenten des Hauses gerichtete Eingabe des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Verwahrung ein, weil dieselbe als eine „Einnischung“ in die internen parlamentarischen Verhältnisse anzusehen sei.

Wien, 9. Dez. Im Laufe der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses legte der Finanzminister Dr. Steinbach ein bis Ende März n. J. laufendes dreimonatliches Budgetprovisorium vor.

Wien, 9. Dez. Im weiteren Verlaufe der Debatte über das Budget des Ministeriums des Innern erklärte der Regierungsbekannter Sektionschef Erb im Abgeordnetenhaus, die politische Verwaltung von Galizien habe sich um einen Theil der Monarchie und vielleicht um einen Theil Europas ein großes Verdienst erworben, indem sie ungeachtet der außerordentlich exponirten Verhältnisse Galiziens die Cholera ferngehalten oder die einzelnen vorgekommenen Fälle unterdrückt habe. In Oesterreich seien, trotzdem Oesterreich am meisten exponirt gewesen, nur 193 Cholerafälle vorgekommen. Heute könnte mit Verhütung gesagt werden, daß die Cholera alle Schreden verloren habe, vorausgesetzt, daß die Verwaltung rechtzeitig eingreift und hierbei vor der Bevölkerung unterstützt wird. Die Frage wegen einer Robifizierung der Epidemiegesetze werde im Ministerium des Innern berathen. Der Vertreter der Regierung verwies auf den in den angrenzenden russischen Gouvernements herrschenden Nothstand und die zum 24. d. nach Petersburg einberufene Aerztekonferenz und fügte hinzu, die offiziellen Ziffern bewiesen, daß die Zahl der Erkrankungen in Rußland sich wöchentlich noch immer zwischen 3000 bis 4000 bewege. Deswegen bestiehe die Besorgniß, daß auch im nächsten Jahre der Kampf gegen die Cholera werde fortgesetzt werden müssen. Die bisherigen Maßnahmen könnten sonach nicht fallen gelassen werden.

Wien, 9. Dez. Das Abgeordnetenhaus beschloß über die heutige Beantwortung der Interpellation des Ministerpräsidenten Grafen Taaffe betreffend die Geschäftsabgrenzung der Versicherungs-Gesellschaft „Oesterreichischer Böhmischer“ morgen die Debatte zu eröffnen. Die Antwort des Ministerpräsidenten besagte, die von dem Interpellanten Gehmann gewünschten Maßnahmen der Staatsverwaltung seien in den Tatsachen nicht begründet, die Regierung sehe sich nicht veranlaßt gegen die Gesellschaft vorzugehen. Die Majorität bei der Abstimmung bestand aus den Deutschliberalen, Deutschnationalen, Jungtschechen und Antisemiten.

Wien, 9. Dez. Einer Meldung der „Politischen Correspondenz“ aus Belgrad zufolge wird die Stupitsina am 28. Dezember a. St. (9. Januar) aufgelöst werden. Die Neuwahlen sollen in der zweiten Hälfte des Februar stattfinden.

Bern, 9. Dez. Der Nationalrath genehmigte heute einstimmig mit 104 Stimmen das Handelsabkommen mit Frankreich unter der Bedingung, daß eine Ermäßigung des französischen Minimaltarifs in gleicher Weise zugestanden werde. Bundesrath Droz erklärte, das gegenwärtige Provisorium werde unter keiner Bedingung über Neujahr hinaus dauern.

Paris, 9. Dez. Der Generalprokurator Duesnay de Beaurepaire ist zum Präsidenten des Kassationshofes ernannt worden.

Die Panama-Untersuchungskommission vernahm heute den Ministerpräsidenten Ribot, welcher erklärte, die Regierung habe die Pflicht und den Willen, mit der Kommission Hand in Hand zu gehen, um so schnell wie möglich in der Angelegenheit volle Aufklärung zu schaffen. Der Justizminister Bourgeois erklärte, er werde die gesammelten Aktenstücke in der Panamafanal-Angelegenheit mittheilen; die von ihm gemachten Vorbehalte bezögen sich lediglich auf die Form. Die Kommission müsse die erforderlichen Vorstichtsmassregeln treffen, damit die Freiheit der Anklagebehörde oder der Vertbeidigung nicht beeinträchtigt würde. Die Kommission wird im Einvernehmen mit der Re-

gierung die Garantien feststellen, welche die letztere für erforderlich hält. Brissou sprach Bourgeois für dessen Erklärungen seinen Dank aus.

Paris, 9. Dez. Wie der „Temps“ meldet, erfolgte die Ernennung des Generalprokurators Duesnay de Beaurepaire zum Präsidenten bei dem Kassationshofe, weil derselbe sich der Beschlagnahme der Papiere des Barons Reinach und der Untersuchung der Leiche desselben widersetzt und diese Maßnahmen als Willkürlichkeiten bezeichnet hatte, zu welchen die Gerichtsbehörde nur unter dem Drucke politischer Gewalt veranlaßt werden könnte. Der Generalprokurator hatte demgemäß dem Justizminister bereits gestern mitgetheilt, er betrachte sich als seiner Aemter enthoben. Der Justizminister Bourgeois richtete hierauf an Beaurepaire die Bitte, sich von der republikanischen Partei nicht zu trennen, ersuchte ihn auch dringend im Richterstande zu verbleiben und den Posten eines Präsidenten bei dem Kassationshofe anzunehmen. Beaurepaire erklärte sich zur Annahme des Postens bereit, um nicht nach außen hin als mißvergünstigter Opponent zu gelten.

Paris, 9. Dez. Die Majorität der Deputirtenkammer, welche gestern dem neuen Kabinet das verlangte Vertrauensvotum ertheilte, bestand aus den verschiedenen Gruppen der Linken; ein großer Theil der Rechten und die extreme Linke enthielten sich der Abstimmung. Die Minorität setzte sich aus den Boulangisten, der Arbeitergruppe und dem anderen Theile der Rechten zusammen. — Ministerpräsident Ribot wird sich auf den Wunsch von Brissou heute mit Bourgeois in die Panama-Kommission begeben, um mit ihr über die Mittheilung der Panama-Untersuchungs-Akten an die Kommission zu berathen. — Die Morgenblätter äußern sich im Allgemeinen über die ministerielle Erklärung zustimmend; die monarchistischen und einige radikale Organe fagen, die entscheidenden Erklärungen würden erst heute zwischen der Panama-Kommission und der Regierung ausgetauscht werden.

Paris, 9. Dez. Wie aus Deputirtenkreisen verlautet, wird das Kabinet die Mittheilung der Gerichtsakten an die Panama-Untersuchungs-Kommission nicht verweigern, jedoch unter der Bedingung, daß die Kommission über die Mittheilung strenges Stillschweigen beobachte. Jedenfalls soll die Verantwortlichkeit des Kabinetts gedeckt sein, wenn irgend Etwas in die Oeffentlichkeit kommen sollte, was den Lauf der Gerechtigkeit hindern und die Vertbeidigung der Angeklagten erschweren könnte.

Die Angelegenheit des französisch-schweizerischen Handelsabkommens soll, wie verlautet, in ein Stadium getreten sein, welches zu der Hoffnung auf ein den Wünschen der beiden Länder entsprechendes parlamentarisches Ergebnis berechtigt.

Hier ist heute starker Schneefall eingetreten.

London, 9. Dez. Das „Reutersche Bureau“ meldet aus Kalkutta vom heutigen Tage, die indische Regierung habe in ihrer Antwort auf ein Schreiben des indischen Währungsverbandes es abgelehnt, die Versicherung abzugeben, daß Maßregeln ergriffen werden würden, um im Falle des Scheiterns der Brüsseler Münzkonferenz die indische Währung zu schützen. Die indische Regierung sei auch nicht berechtigt, dem Staatssekretär für Indien die Einstellung des Verkaufes indischer Council-Bills unter einem gewissen festen Satz anzupfehlen. Die indische Regierung ziehe vor, volle Aktionsfreiheit zu behalten.

London, 8. Dez. Die südafrikanische Gesellschaft hat einen Prospekt veröffentlicht beufuß Bildung einer „African Transkontinental Telegraph-Company“ mit einem Kapital von 400 000 Pfund Sterling, eingetheilt in Aktien von je 1 Pf. Sterling. Die Gesellschaft schlägt vor, eine Telegraphenlinie zu bauen vom Fort Salisbury (Mafsonaland) über Nyassa, Tanganyika und Uganda bis Wadyhalsa. Der Bau der Linie bis Nyassaland und Uganda soll sofort in Angriff genommen werden.

Konstantinopel, 9. Dez. Die Strecke Salonik-Bertecop der Eisenbahn Salonik-Monastir ist in einer Länge von etwa 96 Kilometern heute eröffnet worden.

Bukarest, 8. Dez. Die Bureau des Senates genehmigten einstimmig die Dotation des Thronfolgers.

In der Deputirtenkammer widerlegte bei der Fortsetzung der Abberathung der Ministerpräsident Catargiu den Vorwurf eines liberalen Redners, daß er seiner Zeit seine eigene Kandidatur um den Fürstenthron gegenüber einem auswärtigen Prinzen aufgestellt habe. Der Minister des Auswärtigen Lahovary wies auf die Verdienste des Ministerpräsidenten Catargiu hin, in dessen Person die drei großen Epochen der rumänischen Zeitgeschichte vereinigt seien. Auf die auswärtige Politik übergehend betonte Lahovary die Erfolge der Konserwativen bezüglich der Handelsverträge. Ferner erklärte derselbe, eine Regierung, welche die siebenbürgische Frage ausbeuten wollte, wäre unfähig und mache sich einer verbrecherischen Handlungsweise schuldig, ebenso wie diejenige, welche die auswärtige Politik zur Parteisache machen würde. Er habe bereits einem ungarischen Deputirten gegenüber erklärt, daß er von dem Irredentismus nichts wissen wolle. Der Minister rechtfertigte sein Verhalten in der Zappa-schen Erbschafts-Angelegenheit, wies bezüglich des Krieges von 1877 den Vorwurf zurück, daß die Konserwativen Gegner seines Vaters gewesen seien, und erinnerte an die Konflikte der liberalen Regierung mit Oesterreich-Ungarn, welche zu Demüthigungen für das Land geführt hätten. Der Minister schloß mit der Versicherung, die Politik der konservativen Regierung sei eine lokale und freimüthige, eine Friedens- und Freundschaftspolitik gegenüber den Freunden und eine Politik der Festigkeit gegenüber den Feinden, welche die Rechte des Landes antasteten wollten. (Wiederholter stürmischer Beifall.) Der Berichterstatter über die Adresse bekräftigte dieselbe und sprach den Wunsch aus, die Konserwativen möchten an ihrer wichtigen Rolle festhalten und dieselbe durch Energie gegenüber der Dynastie und durch Aufrechterhaltung der politischen Kontinuität sichern. (Beifall.)

Berlin, 10. Dez. Ahlwardt ist wegen dreier strafbarer Beleidigungen zu fünf Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Berlin, 10. Dez. Ahlwardt wurde, wie schon kurz ge-

meldet, zu einer Gesamtstrafe von fünf Monaten Gefängniß und zur Tragung der Kosten verurtheilt. Die Begründung hebt hervor, daß die Brauchbarkeit der Schwefen Gewehre durch die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten keineswegs beeinträchtigt worden sei. Die Auskünfte der Militärbehörden stellen vielmehr glänzende Resultate fest. Angeklagter habe offenbar die ganze Sache nicht verstanden. Schuldig befunden ist der Angeklagte der Beleidigung der Leiter der Fabrik sowie der Büchsenmacher wegen Anschuldigung, 1500 Gewehre seien widerrechtlich gestempelt worden, ferner mehrfacher schwer fränkender Beleidigungen gegen die Privatkläger, sowie einer schweren Beleidigung des Büchsenmachers Kirch. Da kein Beweis erbracht sei, daß Ahlwardt die Unwahrheit seiner Behauptungen gekannt, ist gegen ihn ein milderer Paragraph angewendet worden. Eine „Bahrnehmung berechtigter Interessen“ liege nicht vor. Die Begründung sagt, wenn es hunderte von Ahlwardts gäbe, würde bald Niemand mehr ruhig auf der Straße gehen können. Löwe und Kühne hätten ihr Bestes daran gesetzt, dem Staate gute Gewehre zu liefern.

Kopenhagen, 9. Dez. Gestern und heute tagte die Jahresversammlung der Delegirten der Rechten. Es wurden mehrere die Regierungspolitik billigende Resolutionen angenommen. Bei dem heutigen Festbankett, woran alle Minister theilnahmen, sprach Estrup die Hoffnung aus, die Rechte werde fortan die Regierungspolitik unterstützen. Eine starke einige Rechte sei ein notwendiger Faktor des politischen Lebens und der konstitutionellen Länder, um die ruhige Entwicklung zu sichern, und die von untergrabenden Tendenzen der Gegenwart hervorgerufenen Erschütterungen zu vermeiden.

Berein junger Kaufleute.

Sonntag, den 11. Dezember 1892, Abends 8½ Uhr,
im Stern'schen Saale:
Vorlesung

des
Herrn Professor Stratosch.
Eintrittskarten verabs. Herr Licht.
Hiesige Nichtmitglieder haben keinen Zutritt.
Der Vorstand.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temper. t. Cels. Grad.
9. Nachm. 2	754.1	W. mäßig	trübe	- 0.7
9. Abends 9	751.3	SW leicht	bedeckt	- 3.3
10. Morgs. 7	754.0	Windstille	halbedeuter	- 7.5
Am 9. Dez.	Wärme-Maximum +		0.2° Cels.	
Am 9. „	Wärme-Minimum -		3.9° „	

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 9. Dez. Morgens 0.04 Meter
„ „ 9. „ Mittags 0.08 „
„ „ 10. „ Morgens 0.14 „

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 9. Dezember. (Schlußkurse.) Riemlich fest. Neue Proz. Reichsanleihe 85.80, 3½ Proz. „-Anleihen 97.85, Konfol. Türken 21.70, Türk. Loose 91.25, 4 Proz. ung. Goldrente 96.80, Bresl. Diskontobank 96.50, Breslauer Wechselbank 96.50, Kreditaktien 165.60, Schlef. Bankverein 111.00, Donnersmarthütte 82.25, Fildher Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 110.30, Oberschlef. Eisenbahn 43.25, Oberschlef. Portland-Zement 69.00, Schlef. Zement 113.00, Doppel. Zement 84.50, Schl. D. Zement 113.00, Kramka 124.00, Schlef. Zinkaktien 186.75, Laurahütte 95.50, Bereln. Delfabr. 92.00, Oesterreich. Banknoten 169.50, Russ. Banknoten 202.25, Giesl Cement 70.00.

Frankfurt a. M., 9. Dez. (Schlußkurse.) Ruhig. Lomb. Wechsel 20.338, 4 Proz. Reichsanleihe 106.95, öherr. Silberrente 82.00, 4½ Proz. Papierrente 82.50, 4 Proz. Goldrente 98.20, 1860er Loose 126.00, 4 Proz. ung. Goldrente 95.80, Italiener 92.60, 1880er Russen 96.80, 3. Orientanl. 65.70, unfrz. Egypter 99.30, lomb. Türken 21.57½, 4 Proz. türk. Anl. 86.60, 3 Proz. port. Anl. 21.60, 5 Proz. serb. Rente 76.40, 5 Proz. amort. Rumänier 97.00, 5 Proz. Konfol. Rente 76.90, Böhm. Wechselbank 292.00, Böhm. Nordb. 153½, Franzosen —, Galizier 183½, Gotthardbahn 156.40, Lombarden 80½, Südb.-Böden 140.00, Nordwestbahn 178½, Kreditaktien 262½, Darmstädter 129.80, Mitteld. Kredit 96.00, Reichsb. 149.70, Dis.-Kommandit 176.20, Dresdner Bank 137.90, Berliner Wechsel 80.90, Wiener Wechsel 169.10, serbische Tabakrente 76.20, Bochum. „ —, Stahl 113.90, Dortmund. Union 51.80, Gropener Bergwerk 126.20, Siberia 114.80, 4 Proz. Spanier 64.60, Ratmaer 110.30.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 262½, Dis.-Komm. ndit 175.90, Berliner Handelsgesellschaft —.

Hamburg, 9. Dez. Befestigt. Gold in Barren pr. Kilo 2788 Br., 2784 Gd. Silber in Barren pr. Kilo 111.25 Br., 110.75 Gd.

Produkten-Kurze.

Röln, 9. Dez. (Getreidemarkt.) Weizen loco hiesiger 16.25, do. fremder loco 17.00, per März 16.55, per Mai —, Roggen hiesiger loco 15.75, fremder loco 16.75, per März 14.25, per Mai —, Hafer hiesiger loco 15.00, fremder —, Rübsl loco 56.00, per Mai 53.20, per Okt. —, — Wetter: Schön.

Bremen, 9. Dezember. (Börsen-Schlußbericht.) Kassiriertes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumbörse.) Fass-schmel. Still. 5.50 Br.

Baumwolle. Ruhig. Upland middl. loco 50 Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminklieferung p. Dez. 49½ Pf., per Jan. 49½ Pf., p. Febr. 50½ Pf., p. März 50½ Pf., p. April 50½ Pf., per Mai 50½ Pf., — Schmalz. Fest. Schafer — Pf., Blicox — Pf., Choice Groceries schwimmend 50½ Pf., Armour 51½ Pf., Armour schwimmend 50½ Pf., Kobe u. Brother (pure) 51½ Pf., Fatrbanks — Pf. Wolle. Umsatz 178 Ballen.

Spek. Ruhig. Nov.-Abladung 46, Dez.-Januar-Abladung 44, long clear middl. 44, long clear middl. 43.

Tabak. 32 Fässer Kentucky, 80 Seronen Carmen, 4000 Baden St. Jolly.

Bremen, 9. Dez. (Kurse des Effekten- und Kasse-Verkehrs.) 5 Proz. Nordb. W.-Anleihe und Kammer- und Spinner-Aktien 150 Br., 5 Proz. Nordb. Lloyd-Aktien 93½ Gd.

Hamburg, 9. Dez. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dezbr. 76½, per März 75½, per Mai 74, per Sept. 73½. Unregelmäßig.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Dederz u. Co. (H. Köstel) in Bielefeld